



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

erschint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.26 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Ruedenzburg Zweigstelle Wildbad. - Druck: Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstr. 34, Tel. 479. - Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 170

Februar 479

Mittwoch den 24. Juli 1935

Februar 479

70. Jahrgang

Spaniens neuer Kurs

Die starke Hand des Kriegsministers - Für die Autorität von Staat und Kirche - Kampf dem Anarchismus!

Von Walter Seidlich-Barcelona.

Eine für den spanischen Hochsommer ganz ungewöhnliche Aktivität hält alle Kräfte des politischen Lebens dieses Landes in Spannung. Der beginnende Hochsommer pflegt allgemein auch das Zeichen zum Anfang der politischen Sommerferien zu geben, und so wirkt es mehr als überraschend, wenn dieser Sommer noch immer im Zeichen lebhafter politischer Arbeit steht. Wohl sind die Abgeordneten von Mitte Juli bis Ende September auf Erholungsurlaub, doch deutet jetzt alles darauf hin, daß dem Lande trotz Sonnenglut und Sommerhitze eine politisch interessante Zeit bevorsteht. Der Einzug von Gil Robles, dem Führer der mächtigen katholischen Volkspartei, der Einzug dieses Mannes in die spanische Regierung brachte einen recht frischen Ton in die politische Arbeit, und eine Reihe von Maßnahmen läßt erkennen, daß überall junge und frische Kräfte am Werk sind. Gil Robles ist der junge und tatkräftige Repräsentant der kirchenfreundlichen Rechte des Landes. Die Erkenntnis, daß in Spanien jede politische und wirtschaftliche Arbeit untergraben wird, wenn es im Lande nicht die Achtung vor der Autorität des Staates und der Kirche gibt, hat weitgehend im neuen spanischen Kurs Berücksichtigung gefunden. Es kann festgestellt werden, daß heute mit Energie gegen alle Kräfte des staatlichen Zerfalls vorgegangen wird.

Zahlreiche Prozesse, die für diese Entwicklung bezeichnend sind, haben in den letzten Monaten das ganze Land in Erregung gehalten. Die Arbeit der Kriegsgerichte geht unentwegt weiter, und ein Fall nach dem andern kommt zur Verhandlung. Noch immer stehen die blutigen Ausschreitungen in Asturien und Katalonien, die im Oktober vorigen Jahres die Einheit Spaniens bedrohten, im Mittelpunkt dieser Prozesse. Die Verhandlung gegen Luis Companys, den Expräsidenten des autonomen Katalonien, brachte ihm und seinen politischen Freunden eine dreißigjährige Freiheitsstrafe. In Oviedo, dem Mittelpunkt jener Aufstandsbebewegung, sind jetzt kaum in einem Riesenprozess mehrere Todesurteile und zahlreiche lebenslängliche Freiheitsstrafen verhängt worden, da beginnen ähnlich gelagerte Montreprossesse in anderen spanischen Städten: Hunderte von Aufständischen haben sich zu verantworten! Und es ist weiter bezeichnend für die Entwicklung, wenn demnächst erneut die Verhandlung gegen Manuel Azana, den ersten Ministerpräsidenten der jungen spanischen Republik, ausgesetzt werden soll. Azana war im Zusammenhang mit dem separatistischen Putz in Barcelona verhaftet worden und befand sich für Monate in Ehrenhaft auf einem spanischen Kriegsschiff. Inzwischen ist ihm schon einmal der Prozess gemacht worden, der jedoch ergebnislos verlief. Die Neuorientierung der inneren spanischen Politik, wie sie seit der letzten Regierungsbildung zu beobachten ist, wird nun ein erneutes Aufleben dieser Anklage bringen.

Die marxistischen, anarchistischen und separatistischen Mafsen, deren Führer den Oktoberaufstand entfesselten, sind heute im wesentlichen führerlos, und all ihre Gegenmaßnahmen tragen dann auch das Zeichen völliger Kopf- und Sinnlosigkeit. Die Arbeit der Kriegsgerichte hat in den gewerkschaftlichen Kreisen der spanischen Arbeiter vielerorts eine Streikbewegung eingeleitet. Besonders die asturischen Bergwerksbezirke waren stark von diesen Streiks bedroht, die meist gefährlichere Formen annahmen, als es in den offiziellen Kommentaren zugegeben wurde. Barcelona, das Zentrum katalonischer Strömungen, sondern gleichzeitig eine Stätte des gefährlichsten Verbrechertums, das meist die gleiche Herkunft und gleiche Schulung verriet wie der politische Anarchismus in dieser Stadt. Gerade hier häuften sich in den letzten Monaten die Ausschreitungen linksradikaler Elemente in erschreckender Weise. Diese Ausschreitungen trugen fast durchweg weniger politischen als rein verbrecherischen Charakter. So entwickelten die Anarchisten Barcelonas lebhafte eine sehr gemeingefährliche Taktik, indem sie Straßenbahnen ansteckten, die brennenden Wagen in Fahrt setzten, so daß sie - besonders in den abschüssigen Straßen - eine ernste Bedrohung der öffentlichen Sicherheit darstellten. Die Polizei, noch aus der Zeit der früheren Regierung vielfach aus politischen Gründen mit diesen Anarchisten verbunden, zeigte sich machtlos, den Tätern ihr Handwerk zu legen. Diesem Treiben ist jetzt durch das entschlossene Zugreifen des spanischen Kriegsministers ein Ende bereitet worden. Gil Robles trat überraschend in Barcelona ein, wo er auf Grund eines Ministerratsbeschlusses den Kriegszustand über die Stadt und die Provinz Barcelona verhängte.

Es kann mit Recht erwartet werden, daß durch diese Maßnahmen in Barcelona bald wieder normale Zustände erreicht werden, daß vor allem alle Kräfte angespannt sind, um von Beginn an ein Blutbad wie in den Oktobertagen zu verhindern.

Die Hauptstärke in dieser Hinsicht liegt heute wieder beim Militär. Gil Robles hat durch eine Reihe von Entschlüssen

in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht, daß der Armeewieder die alte Machtstellung zurückgegeben wurde. Die Kontrolle über die Waffenfabrikation im Lande hat jetzt der Staat selbst übernommen. Ein weiterer Beschluß hat kürzlich den spanischen Regimentern wieder die alten historischen Namen zurückgegeben, eine Maßnahme, die innerhalb der Armeed den Geist der Tradition von neuem wecken soll. Pläne, wie die Schaffung eines Luftfahrtministeriums, zeigen, daß auch hinsichtlich der Luftfahrt mit Regierungsmaßnahmen zu rechnen war. Jetzt liegt der erste Entscheid vor: Spanien wird seine Luftflotte durch fünfzig modernste Jagdflugzeuge erneuern, um fünfzig Maschinen, die auf Grund sehr teuer bezahlter, englischer Patente im Lande selbst konstruiert werden sollen. Das Programm der nationalen Ausrüstung, das den Bau zahlreicher Marineeinheiten und die Erneuerung der Beseitigungsanlagen vorsieht, wird beschleunigt zur Durchführung kommen. Und hier darf weiter ein Projekt angedeutet werden, das den Zusammenschluß des Kriegs-, Marine- und des zu schaffenden Luftfahrtministeriums vorsieht. Dieses so gebildete Ministerium der nationalen Verteidigung würde in Gil Robles eine sehr aktive und national gesinnte Persönlichkeit als Führer finden, einen Mann, der nach Charakter und Fähigkeit ein guter Bürger für die Arbeit am spanischen Staat ist.

Das deutsch-englische Flottenabkommen

vor dem Unterhaus

London, 23. Juli. Im Unterhaus fand am Montag eine Aussprache über den Flottenvorhaushalt und den Zahhaushalt der Luftstreitkräfte statt. Im Vordergrund der Aussprache stand das deutsch-englische Flottenabkommen, das schon in der vorhergehenden Fragezeit von verschiedenen Abgeordneten zur Sprache gebracht wurde.

Der Arbeitervertreter Willmot fragte zunächst, um wie viele neue U-Boote die deutsche Flotte vergrößert werden könne, ohne gegen den Flottenpakt zu verstoßen.

Der Erste Lord der Admiralität, Sir Bolton Eyres Monsell, erwiderte: „Das deutsch-englische Flottenabkommen begrenzt nur die Gesamttonnage der U-Boot-Streitkräfte, die Deutschland erwerben kann, ohne die Zahl der Schiffe zu begrenzen, die von der Größe der einzelnen Einheiten abhängt. Gegenwärtig entspricht die fertige Tonnage der britischen Unterseeboote ungefähr der Ziffer, auf die das Britische Reich durch den Londoner Flottenvertrag begrenzt wird, nämlich 52 700 Tonnen. Unter den Bedingungen des Flottenabkommens - ausgenommen unter besonderen, in dem Abkommen angegebenen Umständen - kann Deutschland 45 v. H. dieser Ziffer, nämlich 23 715 Tonnen bauen, falls nicht in der Zwischenzeit die britische U-Boot-Tonnage herabgesetzt wird, worauf die Zahlen, bis zu denen Deutschland bauen kann, entsprechend heraufgesetzt würden.“

Willmot fragte hierauf, ob die „besonderen Umstände“ Deutschland gestatten würden, eine unbebaute Zahl von U-

Kurze Tagesübersicht

Im englischen Unterhaus gab es eine ausgedehnte Aussprache zum deutsch-englischen Flottenabkommen. Die Anträge der Arbeiterpartei auf Herabsetzung des Flottenvorhaushalts wurden abgelehnt.

Das englische Unterhaus nahm auch die Erhöhung des Lufthaushalts an, der eine Vermehrung der Luftstreitkräfte um 12 000 Mann vorsieht.

Die Regierung von Danzig hat eine Protestnote an Polen überreicht, in der gegen die polnischen Zollmaßnahmen schärfer Einspruch erhoben wird, da sie in Widerspruch mit den geschlossenen Verträgen stehen.

In Mailand und Genua kam es zu kriegsbegeisterten Kundgebungen für Mussolini und den Feldzug in Ostafrika. Die Aufhebung der Vira-Golddeckung brachte der italienischen Währung an den internationalen Börsen bedeutende Kurseinbußen.

Der Völkerbundsrat soll in nächster Woche zur Behandlung des abessinischen Konflikts zusammentreten. London und Paris haben sich dahingehend geeinigt.

Der Reichsinnenminister hat die Auflösung des Reichsverbands der Balkankämpfer und aller Verbände ehemaliger Freikorpskämpfer verfügt.

Die englischen Frontkämpfer waren am Dienstag bei einer Gedächtnisfeier in Köln und wurden im Rathaus empfangen.

Booten zu bauen, und ob diese besonderen Umstände tatsächlich vorhanden seien.

Monsell entgegnete: „Nein. Unter den „besonderen Umständen“ können die Deutschen bis zur Gleichheit mit uns aufrüsten, aber das ist die Grenze. Auf jeden Fall müssen sie kommen und es uns mitteilen, wenn sie es tun, wodurch wir zum mindesten darauf aufmerksam gemacht werden, was sie tun werden.“

Die eigentliche Flottenaussprache wurde durch den Vertreter der Arbeiteropposition, Hall, eingeleitet, der sofort auf das deutsch-englische Flottenabkommen zu sprechen kam und sich in ausführlicher Weise darüber verbreitete. England habe überfüllt gehandelt und ohne vorherige Rücksprache mit den anderen Mächten. Das Flottenabkommen bedeute nicht Ausrüstungsbegrenzung, sondern vielmehr „eine ganz gehörige Wiederaufrüstung“.

Nachdem Hall im Namen der Arbeiteropposition eine Herabsetzung des Flottenvorhaushalts beantragt hatte, sprach der konservative Vizeadmiral Campbell, der zunächst auf die Leistungen der deutschen Flotte im Weltkrieg hinwies. Im Krieg sei es vorgekommen, daß die englische Flotte dem Feind zwar an Tonnage, nicht aber in anderer Hinsicht überlegen gewesen sei. Ein Beispiel dafür sei die Schlacht am Stogertal. Die deutschen Schiffe seien den englischen in jeder Hinsicht in der Konstruktion und sehr oft in ihren Leistungen überlegen gewesen. Der Admiral sagte dann, es sei eine Benachteiligung für England, daß Deutschland seine Flotte nur für die Zwecke der Heimatverteidigung zu bauen habe, während England an seine Ueberseebesitzungen denken müsse.

Der arbeiterteiliche Abgeordnete Coles erklärte, die deutschen Flottensforderungen seien zugestanden worden, ohne daß die englische Regierung versucht habe, etwas abzuhandeln. Es sei kein Zweifel darüber vorhanden, wer den Sieg bei diesem Abkommen errungen habe: Es sei Herr von Ribbentrop. Es beständen Tendenzen in England, die zeigten, daß die englische Regierung das Nazi-Regime begünstige. Er sei nicht bereit, auch nur einen Pfennig für Schiffe auszugeben, wenn mit diesem Geld die Politik ausgeführt werde, „Nazi-Deutschland zu einer vordominierenden Macht in Europa zu machen“.

Der konservative Abgeordnete Oberst Gretton erklärte, daß er sich dem Urteil der Opposition gegen die Regierung anschließe.

Unter allgemeiner Spannung erhob sich Lloyd George, der zunächst feststellte, daß bisher die Sprecher der Regierungs- und Oppositionsparteien sich völlig einig in der Mißbilligung des Flottenabkommens seien. Er wiederholte dann beinahe wörtlich seine bereits in der letzten außerpolitischen Unterhaus-Aussprache vorgebrachten Argumente gegen den Flottenpakt und kam zugleich auf die U-Boot-Frage zu sprechen. Am meisten habe ihn derjenige Teil des Abkommens betäubt, in dem England nicht nur die bestehende Zahl der deutschen U-Boote angenommen, sondern sogar mit Deutschland abgemacht habe, daß es unter gewissen Umständen noch viel mehr weitere U-Boote bauen könne. Angesichts der Erfahrungen Englands im Weltkrieg habe er diesen Umstand für außerordentlich, England sei beinahe durch die deutschen U-Boote besiegt worden, es habe wenige Wochen vor dem Hungertode gestanden.

Wenn es kein Gegenmittel gefunden hätte, wären England und seine Verbündeten geschlagen worden und Deutschland hätte triumphiert. Er stimme mit Admiral Campbell darin überein, daß der U-Boot-Krieg die grausamste Kriegsmethode sei. Er könne nicht verstehen, warum die englische Regierung die Gelegenheit, die U-Boote völlig abzu schaffen, nicht benützt habe. Er glaube, daß Deutschland zu einer Zusammenarbeit für die Abschaffung der U-Boote bereit gewesen wäre. Die Frage sei völlig verschieden gewesen, als die Franzosen sich weigerten, einer Abschaffung der U-Boote zuzustimmen, jetzt aber, wo die Deutschen den Bau von U-Booten begonnen hätten, hätte sich eine Gelegenheit geboten, die ganze Frage noch einmal zu erörtern. Die französischen U-Boote seien von geringem Wert für die Bekämpfung feindlicher U-Boote und sie seien nicht in der Lage, französische Handels- und Truppentransportschiffe gegen die deutschen U-Boote zu verteidigen. Er glaube immer noch, daß es ein fataler Irrtum war, daß man nicht zum mindesten die Zustimmung zu dem deutschen U-Boo-Bau aufgehoben habe, bevor eine weitere Bemühung zur Abschaffung der U-Boote gemacht wurde.

Der erste Lord der Admiralität,

Sir Bolton Eyres Monsell,

erinnerte das Haus daran, wonan man bei der Behandlung der Flottenfrage ausgehen müsse. Im Dezember 1936, so erklärte er, gehen alle Flottenabkommen zu Ende, unter denen wir die letzten 16 Jahre gearbeitet haben. Falls es nicht gelingt, etwas an die Stelle der Abkommen zu setzen, würden alle Flotten der Zukunft unbegrenzt sein. Das ist darauf zurückzuführen, daß Japan den Washingtoner Vertrag gelündigt hat. Wir müssen ihn für die Zukunft verlassen, weil einige Länder der Ansicht sind, daß kein Grundsatz der verhältnismäßigen Stärke ihren nationalen Stolz zu sehr verletzt. Wir haben also die anderen Länder gefragt, was für eine Flotte sie 1942 haben und haben dann diese Programme zusammengestellt, um zu hören, wie man die Dinge so gestalten kann, daß jedes Land eine angemessene Flottenstärke erhält, so daß es äußerst unwahrscheinlich ist, daß ein Land ein anderes mit Erfolg angreifen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir zweiseitige vertrauliche Besprechungen mit verschiedenen Ländern gehabt, mit Frankreich, Japan und Amerika.



Die Flottenfrage sei ein sehr schwieriges Problem, das wie ein Zusammenstoß aus einzelnen Stücken zusammengesetzt werden müsse. Aus diesem Grunde, fuhr der Marineminister fort, begrüßte die Admiralität den Vorschlag eines großen Staates wie Deutschland, seine Flotte für immer auf ein Verhältnis zur englischen Flotte festzulegen. Wir hätten es viel lieber, wenn Deutschland keine U-Boote hätte, aber wir können diese 35 v. H. ohne übertriebene Beforgnis annehmen.

Man muß sich daran erinnern, daß das allgemeine Abkommen, das wir zu erzielen hätten, überhaupt keinen Wert hätte, wenn Deutschland nicht daran teilnehmen würde. Ich bin erstaunt, daß die internationalen Mitglieder des Unterhauses, wenn ich sie so nennen darf, einen Schlaganfall erleiden, weil nach Monaten und Jahren des Schwärmens etwas getan wird. Wir haben etwas getan. (Beifall.) Daß wir es schnell getan haben, scheint diese Leute noch mehr in Schreden zu versetzen.

Ich möchte die Kritiker und besonders Lloyd George fragen: Was würden Sie getan haben? Wie würde Lloyd George Deutschland daran verhindert haben, Kreuzer zu bauen, was würde er getan haben, wenn Deutschland 50 Kreuzer verlangt hätte? Deutschland hätte 100 v. H. unserer Flotte verlangen können. Angenommen, es hätte das getan: Welches wären die beiden Möglichkeiten Englands gewesen? Eine Möglichkeit ist, Deutschland mit Gewalt am Bauen zu verhindern. Ist irgend jemand bereit, das zu tun? Die andere Möglichkeit ist, eine große Verstärkung unserer eigenen Flotte durchzuführen. (Beifall.)

Das hätte ungeheure Ausgaben mit sich gebracht. Ich glaube, daß wir uns selbst und der Welt im allgemeinen eine große Wohlthat erwiesen, als wir das deutsche Angebot annahmen.

Monseil lehnte den Vorwurf ab, das Flottenabkommen sei ein Schlag gegen den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz.

Was habe dieser „Multilateralismus“ Europa gekostet? Im Jahre 1934 sei Deutschland bereit gewesen, eine Truppenstärke von 300 000 Mann anzunehmen, heute betrage sie 550 000 Mann. Dasselbe treffe auf die Luftwaffe zu. „Wir können uns nicht leisten, daß sich daselbe bei der Flotte ereignet.“ (Weiter Beifall der Minister.) Ich glaube, eine Admiralität, die der Regierung geraten hätte, das deutsche Angebot abzulehnen, und eine Regierung, die diesen Rat angenommen hätte, würde früher oder später überwältigend verdammt von der Menschheit vor den Schranken der Geschichte stehen.

Sir Bolton ging dann ausführlich auf die Behauptungen Lloyd Georges ein, den er einen „Meister der Konfusion“ nannte. Er wiederholte, daß die Behauptung Lloyd Georges, Deutschland habe bei den Flottenverhandlungen die völlige Abschaffung der U-Boote angeboten und England habe diesen Vorschlag abgelehnt, völlig unbegründet und unrichtig sei.

An dieser Stelle erhob sich Lloyd George mit den Worten: „Haben die Deutschen bei den Vorverhandlungen oder bei der formellen Konferenz der Admiralität mitgeteilt, daß sie bereit wären, mit England bei irgend welchen Bemühungen für die Abschaffung der U-Boote zusammenzuarbeiten?“

Monseil: „Sicherlich. Ich habe das gesagt.“

Lloyd George: „Haben wir es aus dem Grunde abgelehnt, weil Frankreich und die anderen es nicht annehmen würden?“

Monseil: „Nein, das ist absolut unwahr.“ (Ministerialer Beifall.)

Lloyd George: „Dann haben die Deutschen nicht angeboten, mitzuarbeiten?“

Monseil: „Ich habe immer und immer wieder gesagt, daß sie es taten und wir beschloßen, es vorzuschlagen, wenn wir zur allgemeinen Konferenz kommen.“

Lloyd George: „Nachdem Ihr Deutschland mehr U-Boote gegeben habt.“

Monseil: „Wie konnten Sie es verhindern?“ (Ministerialer Beifall.) „Wir haben eine bessere Chance, weil wir Deutschland mit uns haben.“

Sodann ergriff Winston Churchill das Wort. Er behauptete zunächst, daß das deutsche Angebot einer Mitarbeit bei der Abschaffung der U-Boote keinen großen Wert habe, denn, wie jedermann wisse, bestehe nicht die geringste Aussicht, daß andere Länder der Abschaffung zustimmen. Die Lage sei sehr gefährlich. Auch mit Bezug auf Frankreich seien die Dinge nicht so rosig, wie sie der Marineminister geschildert habe.

Die Betsprechung des Flottenabkommens wurde durch den Führer der Arbeiteropposition, Lansbury, abgeschlossen, der in einer sehr pessimistischen Rede erklärte, daß die ganze Abrüstungspolitik und damit die Politik der englischen Regierung völlig gescheitert sei.

Am Ende der Flottenansprache stimmte das Unterhaus über den Antrag der Arbeiterpartei auf Herabsetzung des Flotten-

vorhaushalts ab. Der Antrag wurde mit 247 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Nach Beendigung der Flottenansprache im Unterhaus brachte der englische Luftfahrtminister Sir Cunliffe-Lister einen Antrag „für die Verstärkung der englischen Luftstreitkräfte um 12 000 Mann“ ein, womit das Unterhaus in eine Aussprache über den zukünftigen Haushalt für die Luftflotte von über 5 Millionen Pfund Sterling für die Ausrüstung der Luftflotte eintrat.

Der Luftfahrtminister gab zunächst einige Einzelheiten des englischen Programms bekannt: „Die Grundlage, auf der das ganze Programm beruht, ist die Erklärung der deutschen Regierung, über ihre Absicht, eine Luftstreitkraft zu haben, die der französischen gleichkomme. Es handelt sich um die Ziffer von 1500 Frontflugzeugen, ausschließlich der Ueberseegehwader.“

Cunliffe-Lister erklärte ferner, daß die Zahl der Flieger in Schulen auf 10 erhöht werde. Insgesamt müßten 50 neue Flugzeugstützpunkte, darunter 41 neue Flugplätze, errichtet werden.

Die Aussprache wurde vom Unterstaatssekretär Sir Philipp Sassoon abgeschlossen. Er erklärte i. a., daß die englische Regierung bestrebt sei, den Westluftpakt so bald wie möglich abzuschließen, während der Gedanke einer internationalen Polizeimacht augenblicklich völlig in der Luft schwebt.

Die Aussprache wurde mit einer Abstimmung abgeschlossen, in der der Antrag der Arbeiterpartei auf Herabsetzung der Mannschaftsbesetzung um 1000 Mann mit 224 gegen 44 Stimmen abgelehnt wurde. Der eigentliche Haushaltsantrag wurde mit 195 gegen 42 Stimmen angenommen.

Was macht Italien?

Wird es sich mit der Einberufung des Völkerbundes zufrieden geben?

Paris, 23. Juli. Die Unterredung des englischen Botschafters Sir George Clerk mit dem Ministerpräsidenten Laval hat insofern eine Entscheidung herbeigeführt, als Frankreich der englischen Forderung nach baldmöglichster Einberufung des Völkerbundes zur Regelung des italienisch-abessinischen Streitfalles zustimmt und beide Mächte angesichts der geringen Aussichten für eine friedliche Lösung die Anwendung von Artikel 15 des Völkerbundesstatutes anregen, der Italien nach dreimonatiger Frist die Möglichkeit geben würde, mit Abessinien Krieg zu führen, ohne den Fortbestand des Völkerbundes zu gefährden. Diese Verlegenheitslösung ist gewählt worden, um schwerere internationale Verwicklungen zu vermeiden, die man vor allem in Paris von einem etwaigen Austritt Italiens und möglicherweise auch Englands aus dem Völkerbund befürchtet. Man erwartet den Zusammentritt des Völkerbundes für Ende Juli oder spätestens Anfang nächsten Monats.

Ob Italien sich auf ein solches Verfahren, das sein militärisches Vorgehen in Abessinien verzögern müßte, einlassen wird, ist die große Sorge der französischen Öffentlichkeit. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß die französische Regierung in Rom mit allem Nachdruck dafür eintreten werde. Die Außenpolitikerin des „Devoir“ weist darauf hin, daß Italien in der letzten Zeit mit neuen Forderungen aufgetreten. Außer den großen Zugeständnissen, die Frankreich bisher bewilligt habe, verlange Italien jetzt sogar eine materielle und finanzielle Unterstützung, die schwer durchführbar sei, zumal immer noch die Antwort auf Frankreichs Gegenforderung, d. h. eine Einladung an den süditalienischen Ministerpräsidenten nach Rom, ausstehe.

Daß man nicht etwa die gleiche Ueberraschung erleben werde wie beim Austritt Japans wegen der mandchurischen Angelegenheit, dafür würden, so meint das „Devoir“, die Großmächte schon sorgen, d. h. sie würden sich so einigen, daß keine Einstimmigkeit zustande komme, so daß Italien und Abessinien rechtlich ihre Handlungsfreiheit wieder erlangen könnten. Frankreich und England hätten die Hoffnung ausgegeben, die italienischen Pläne zu verhindern. Der etwaige Austritt Italiens aus dem Völkerbund aber würde Frankreich in eine sehr gefährliche Lage bringen. Sir George Clerk und Laval hätten also nach einem Mittel gesucht, die äußerst gefährlichen Rückwirkungen des italienisch-abessinischen Konfliktes möglichst zu mildern.

Ein englischer General will dem Kaiser von Abessinien eine Brigade zur Verfügung stellen

Durbar, 23. Juli. Brigade-General Rosslyn hat in einem Brief an den „Nadal Mercur“ bekanntgegeben, daß er beabsich-

tige, dem Kaiser von Abessinien seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Er wolle eine Brigade aufstellen und „in diesem ungerechten Kriege am Kampfe teilnehmen“. Der General ist 75 Jahre alt. Er hat an den südafrikanischen Kriegen von 1878/79 und 1899 bis 1902 teilgenommen.

Kriegsbegeisterung in Mailand und Genua

Mailand, 23. Juli. Die entschiedenen Erklärungen Mussolinis im „Echo de Paris“, die in den am Montag mittag erschienenen Zeitungen groß aufgemacht waren, haben in den Städten Norditaliens große Begeisterung unter der Bevölkerung ausgelöst. In allen Straßen Mailands, auf den Straßenbahnen, in den Kaffeehäusern, überall wurde die Lage lebhaft erörtert. In Mailand kam es zu Demonstrationen, die sich durch die Straßen zum Domplatz bewegten. Dort hatte sich abends eine große Menschenmenge angesammelt, die in Hochrufen auf den Duce ihren Gefühlen Ausdruck gab. Die Musikanten der Kaffeehäuser spielten Revolutions- und Kriegslieder. In den Theatern kam es verschiedentlich zu Kundgebungen unter Aufsicht der Giovinetti. Auch die Marschälle war verschiedentlich zu hören, womit man anscheinend die italienisch-französische Verbundenheit besonders zum Ausdruck bringen wollte. Aus Genua werden ebenfalls Volksansammlungen gemeldet, sowie Umzüge durch die mit Fahnen und bunten Lampen geschmückten Straßen.

Kriegsmaterialausfuhr nach Abessinien

London, 23. Juli. In der Kabinettsitzung, die hauptsächlich der abessinischen Frage galt, wurde auch die Frage der Waffen- und Materialausfuhr nach Abessinien erörtert. Mehrere Blätter melden, daß das Kabinett beschlossen habe, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nicht zu verhindern. Demgegenüber berichtet der Parlaments-Korrespondent der „Times“, die Minister hätten erwidert, daß die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Abessinien und Italien von technischen Schwierigkeiten wimmle. Vorwiegend würden andere Mächte zu Rate gezogen werden, bevor eine endgültige Entscheidung falle.

Geburtsstagsfeier des Kaisers von Abessinien

Addis Abeba, 23. Juli. Die Feierlichkeiten aus Anlaß des Geburtsstages des Kaisers von Abessinien wurden durch Abgabe von 21 Salutsschüssen eröffnet. Am Vormittag empfing der Kaiser im Thronaal des Alten Schlosses die Prinzen, die Minister und das diplomatische Korps. Der Dänen, der belgische Gesandte Janssens, brachte dem Kaiser die Glückwünsche dar. Der italienische Gesandte Graf Vinti und das italienische Gesandtschafts- und Konsularpersonal waren zu dem Empfang nicht erschienen.

Als der amerikanische Geschäftsträger von einem Empfang beim Kaiser im Auto in die Stadt zurückkehrte, wurden ihm stürmische Beifallsäußerungen von der Bevölkerung dargebracht. Die Menge schwenkte Fahnen und rief: „Es lebe Amerika!“ Die Kundgebungen finden ihre Begründung darin, daß die amerikanische Regierung Offizieren die Erlaubnis erteilt haben soll, in der abessinischen Armee zu dienen. Dazu kommt noch die Hülfsleistung des amerikanischen Roten Kreuzes.

Glückwunsch des Kaisers von Japan an den Negus

Tokio, 23. Juli. Der Kaiser von Japan übermittelte dem Kaiser von Abessinien zu dessen Geburtstag seine Glückwünsche. Diese Geste ist angesichts der Streitfalles mit Italien von bemerkenswerter Bedeutung.

Nächste Woche Völkerbundsrat

Einigung zwischen London und Paris

London, 23. Juli. Wie Reuter aus Paris meldet bzw. bestätigt, haben sich die französische und die britische Regierung darüber geeinigt, daß der Völkerbundsrat nächste Woche zusammentreten soll. Das genaue Datum soll durch Litwinow festgesetzt werden, dem Präsidenten des Völkerbundsrates, der in diesen Tagen in Paris erwartet wird. Diesem Beschluß ging ein Besuch des britischen Botschafters Clerk in Paris bei Laval voraus. Auch Avenol, der Generalsekretär des Völkerbundes, ist in Paris eingetroffen. Wie es heißt, soll der Völkerbund die gesamte abessinische Frage auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundes behandeln. Artikel 15 sieht die Regelung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundes vor, und zwar derart, daß jede Partei den Streit vor den Völkerbundsrat bringen kann und daß der Völkerbundsrat

Rose von Flandern

Die Geschichte einer Liebe / Von Hellmut Kayser

Vertrieb: Romanverlag R. & D. Grellier, G. m. b. H., Kallstadt
70 abdruck verboten

„Was, der Kerl ist mit dabei?“
„Ja! Na, es wird ihm nicht jut bekommen!“
Unter der Begeisterung der Versammelten schob er seinen Wagen in die Garage.

Die Aufregung dauerte den ganzen Tag an bis zur Abreise der Künstler. Sie wären gern noch etwas geblieben, es war so schön auf Bergfelde gewesen, aber sie sahen ein, daß ihr Bleiben jetzt gewiß nicht erwünscht war.

Jochen hatte den ganzen Nachmittag zu tun. Er fuhr die Sänger und Musikanten zur Bahn, holte die Polizeikommission, die zwecks Untersuchung nach Bergfelde kam, von der Bahn ab.

Auch den Rechtsanwalt Udo Arndt holte er ab, und der war ganz gebrochen, als er alles erfuhr.

Er weinte, als er dem Vetter gegenüberlag.

„Es tut mir so leid, Udo!“ sagte Herbert traurig.

„Aber ich kann jetzt nichts tun, sie zu schützen.“

„Das sollst Du nicht, nein! Sie haben Strafe reichlich verdient. Keine Schonung, denn jetzt muß ich annehmen, daß sie sich nicht geschämt hätten, zwei Menschen umzubringen. Ich selbst werde das Geständnis, das ich noch bestimme, dem Gericht vorlegen.“

„Das sollst Du nicht tun, Udo! Es sind Deine Kinder!“

„Es sind nicht meine Kinder! Es sind die Kinder der Frau, die sie verdorben hat bis ins Mark. Ich habe nie Gemeinschaft mit ihnen gehabt... und ich will, daß sie ihre Strafe leiden, denn sonst erklären sie, daß es sich nur um einen Macheakt gehandelt hat, daß sie gar nicht die Ab-

sicht gehabt haben, etwas Schlimmes zu tun! Sie müssen unschädlich gemacht werden! Unter allen Umständen!“

*

Lange, lange Protokolle wurden aufgesetzt, alles wurde zu Papier gebracht und der Rechtsanwalt machte seine Drohung wahr. Er gab das Geständnis des versuchten Mordes mit zu den Akten.

Als er das getan hatte, brach er zusammen und man mußte ihn aus dem Zimmer tragen.

Es brach allen beinahe das Herz.

Ein Vater... mußte grausam sein gegen seine entarteten Kinder.

*

Es hatte den Konsul ungemein mitgenommen und er lag vier Tage zu Bett. Als er dann wieder auf den Beinen war, da hielt er es nicht länger aus. Noch einmal besprach er mit Hans alles und dann trat er mit Rose die Reise nach dem Süden an.

Lange, lange hatte er die Hand des jungen Mannes gedrückt.

Und als er mit seinem Weibe von ihm schied, da waren Tränen in seinen Augen.

*

F i n a l e.

Hans sah in Berlin und arbeitete.

Er sah nicht rechts noch links, er schaffte. Jetzt ruhte alles auf seinen Schultern und er wollte vor dem großen Vertrauen, das ihm sein väterlicher Freund, der Konsul, gegeben hatte, bestehen.

Mehrmals hatte ihn Gerda eingeladen, aber er hatte immer abgelehnt.

Acht Wochen waren seitdem ins Land gegangen.

Sin und wieder kamen Karten aus dem Süden, die herzliche Grüße ins Haus brachten.

Auch hin und wieder Briefe. Aber die waren nicht erfreulich, denn des Konsuls Gesundheit wollte sich nicht bessern.

Hans tat es weh, unendlich weh, denn wenn er einem Menschen ein großes Glück gönnte, dann war es der Konsul.

Josef schrieb zuweilen auch ein Briefchen. Gestern erst war wieder eins ins Haus geflattert, das Hans tief bewegte.

Der Konsul lag sehr krank in Gardone.

Einen Blutzucker habe er erlitten, schrieb der Diener. Die Ärzte meinten zwar, daß er wieder gesund würde, aber er habe so Angst, denn der Herr sehe ihn immer an, als wenn er schon in einer anderen Welt sei.

Hans überlas den Brief von gestern eben noch einmal, als ihm das Dienstmädchen ein Telegramm brachte.

Er fuhr zusammen.

Endlich erbrach er das Telegramm und las es.

Tiefe Traurigkeit senkte sich in sein Herz, als er die wenigen, inhaltschweren Zeilen las.

„Mein Mann ist heute früh halb fünf Uhr ruhig entschlafen. Er hat in seinen letzten Augenblicken an Sie gedacht und läßt Sie bitten, ihm das letzte Geleit zu geben, denn er wünscht hier begraben zu sein. Ich erwarte Sie bald. Ihre Rose.“

Hans atmete schwer. So rasch war es gegangen. Grausam griff das Schicksal ein und nahm ihn weg von den Toren des Glücks.

Er sah nach der Uhr und griff zum Kurzbuch.

Es klappte schlecht mit der Verbindung. Er konnte erst um vier Uhr mit dem Schnellzug fahren.

Da kam ihm ein Gedanke. Er klingelte die Verwaltung des Flughafens an und erkundigte sich, ob er ein Flugzeug nach Gardone in Italien haben könne.

Nach wenigen Minuten wurde ihm mitgeteilt, daß ihm eins zur Verfügung stehe, der Preis betrage 1400 Mark. Aber jetzt in dem Augenblick stieß er sich nicht daran. Er bestellte es und sagte, daß er in einer halben Stunde dort sein werde.

Er kleidete sich um. Nach einer Viertelstunde war er fertig.

(Fortsetzung folgt)



für den Fall, daß er die Streitigkeiten nicht beilegen kann, einen Bericht und Empfehlungen veröffentlicht. Eine Entscheidung auf Grund dieses Artikels würde es den übrigen Mitgliedern des Völkerverbundes offen lassen, die „erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“

Polen kündigt Zollunion mit Danzig?

WRO. Die Danziger NS-Zeitung gab durch Extrablätter bekannt, daß Polen den Zollunions-Vertrag mit Danzig zu kündigen beabsichtigt.

Ein solcher Schritt Polens ist nach seinem Verhalten bei und nach der Danziger Geldabwertung durchaus möglich. Trotzdem von Danziger Seite nichts unternommen wurde, um die Währungsunterschiede ab zu befriedigen, konnte Polen doch niemals über die „zwei Seelen“ in seiner Brust, die Frage „Gdingen“ auf der einen, „Verständigung mit Danzig“ auf der anderen Seite, hinweg.

Das Wirtschaftsabkommen, das im Sommer vorigen Jahres im Zuge der deutsch-polnischen Verständigung zwischen Danzig und Polen abgeschlossen wurde, gliederte Danzig vollkommen in das polnische Zollgebiet ein, so daß das „zollpolitische Loch im Norden“, über das man sich in Polen so oft beklagt hatte, verschwand. Dafür verzichtete Polen auf die außerordentlich scharfe Sonderkontrolle gegenüber den aus Danzig kommenden Waren. Trotzdem trat aber die von Danzig erhoffte Besserstellung seines Hafens nicht ein. Danzig mußte sich nach wie vor über ungenügende Zuteilung von Einfuhrkontingenten und über säumige Behandlung von Ausfuhrbewilligungen beklagen.

Die Guldenabwertung schließlich, die auf der Grundlage der Parität mit dem Floty erfolgte, paßte Polen offensichtlich ganz und gar nicht, obwohl man vorher immer wieder die Währungsunterschiede als ein Hindernis engerer Zusammenarbeit bezeichnet hatte. Man befürchtete angesichts, daß Danzig durch die Guldenabwertung Gdingen gegenüber zu günstig gestellt wird.

Welche Folgen eine Kündigung der Zollunion für Danzig haben würde, läßt sich zur Zeit noch nicht klar übersehen. Jedenfalls steht fest, daß Polen nicht völlig auf Danzig verzichten kann, da Gdingen schon in rein technischer Beziehung der Uebernahme des gesamten polnischen Ein- und Ausfuhrhandels noch lange nicht vollkommen gewachsen ist. Man wird also so oder so wieder einen Modus vivendi finden müssen, der den Lebensnotwendigkeiten beider Parteien gerecht wird. Danzig hat in der Möglichkeit einer Freihandelsklärung ebenfalls noch einen Trumpf in den Händen. Für die deutsche Orientierung Danzigs kann das nur zum Vorteil sein. Auch der Erlaß des polnischen Finanzministeriums über die polnische Einfuhr in Danzig kann Danzig nicht schaden. Im übrigen wird man abwarten müssen, welche Stellung der Danziger Senat dazu einnimmt.

Protestnote der Danziger Regierung

gegen die polnische Zollverordnung

Danzig, 23. Juli. Anlässlich der gegen die Danziger Zollverwaltung gerichteten Verordnung des polnischen Finanzministers fand am Dienstag eine offizielle Unterredung zwischen dem Danziger Senatspräsidenten Greiser und dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen, Minister Dr. Papee, statt. Dabei überreichte Staatspräsident Greiser dem Minister Papee eine Note der Danziger Regierung, in der gegen die polnische Verordnung scharfer Protest eingelegt wird. In der Danziger Note wird weiter darauf hingewiesen, daß die Danziger Regierung nicht in der Lage sei, die Verordnung des polnischen Finanzministers auszuführen, da die Verordnung gegen die bestehenden Rechtsgrundlagen verstoße.

In der Note heißt es: „Aus dem Gesetzblatt der Republik Polen hat der Senat Kenntnis erhalten von einer Verordnung, mit der die Tätigkeit der Danziger Zollämter auf die Abfertigung derjenigen Auslandswaren beschränkt wird, die für die Bedürfnisse des örtlichen Verbrauchs und Gebrauchs im Gebiete der Freien Stadt Danzig bestimmt sind.“

Diese Verordnung stellt einen Eindruck von außerordentlicher Tragweite in das zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen bestehende Rechtsverhältnis dar. Ich habe aus diesem Grunde das Landesvolkamt der Freien Stadt Danzig angewiesen, diese Verordnung nicht auszuführen.

Indem ich Ihnen, Herr Minister, den Protest des Senats der Freien Stadt Danzig gegen den Erlaß dieser Verordnung übermittle, erwarte ich, daß diese Verordnung sofort zurückgenommen wird.

Außerdem behält sich der Senat der Freien Stadt Danzig weiterhin vor, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutze der Danziger Interessen notwendig erscheinen. Er behält sich insbesondere vor, Ersatz für alle Schäden zu verlangen, die der Freien Stadt Danzig durch die Verordnung erwachsen sollten.“

Hierzu nimmt die Danziger Regierung wie folgt Stellung: Die Durchführung der Verordnung müßte zur Folge haben, daß Danzigs Handel und Industrie bei der Versorgung des polnischen Marktes mit Auslandswaren ausgeschaltet werde, daß der Danziger Hafen, dessen natürliches Hinterland Polen ist, und der in seinen Ausmaßen und Einrichtungen auf dieses Hinterland eingestellt ist, vollkommen verödet. Die Rückwirkung im Zusammenhang hiermit auf die übrigen Zweige der Danziger Wirtschaft müßte verheerend sein.

Danzig ist in die Zollgrenze Polens eingeschlossen worden, damit die für Polen bestimmten Waren auch in Danzig endgültig verzollt und ungehindert nach Polen weitergehandelt werden können. Diese Regelung ist nicht nur im Interesse Polens, sondern auch im Interesse Danzigs erfolgt, wie es z. B. aus dem Warschauer Abkommen hervorgeht, nach welchem die Regierung Polens verpflichtet ist, mit ihren Zollgesetzen die Interessen der Freien Stadt Danzig zu schützen. Wenn in Danzig nur die für Danzig selbst bestimmten Waren verzollt werden, so wäre nicht einzusehen, warum diese Waren nach der polnischen Gesetzgebung und dem polnischen Zolltarif verzollt werden, warum ihre Verzollung von polnischen Zollinspektoren überwacht werden soll, warum Polen einen Anteil an den für diese Waren bezahlten Zöllen erhalten soll, warum polnische Einfuhrbewilligungen für diese Waren erforderlich sein sollen usw. Die Verordnung steht hiernach also in einem unvereinbaren Widerspruch zu den Danzig-polnischen Verträgen.

Wie hierzu von zuständiger Danziger Seite noch ergänzend mitgeteilt wird, hat die Danziger Regierung inzwischen an das Danziger Landesvolkamt die entsprechenden Anweisungen ergehen lassen. Die Danziger Zollverwaltung wird also entsprechend den Bestimmungen der Danzig-polnischen Zollgemeinschaft die in Danzig in das Danzig-Polnische Zollgebiet eingeführten Wa-

ren in der bisherigen Form zollamtlich abfertigen. Im übrigen läßt sich der Standpunkt der Danziger Regierung dahin umschreiben, daß sie ihre weiteren Maßnahmen von der polnischen Antwort auf die Danziger Note sowie von den weiteren Schritten Polens abhängig machen wird. Die Danziger Regierung wird den Rechtsboden der mit Polen getroffenen Verträge nicht verlassen, obwohl die polnische Zollverordnung sämtlichen einschlägigen Danzig-polnischen Abkommen widerspricht. Die Danziger Regierung ist jederzeit zu neuen Verhandlungen und zu einer Verständigung mit Polen über die in letzter Zeit entstandenen sachlichen Meinungsverschiedenheiten bereit.

Verhaftungen in Danzig

Danzig, 23. Juli. Wegen Verbreitung von Flugblättern, in denen die Danziger Regierung in übelster Weise beschimpft und beleidigt wird, hat die Danziger politische Polizei sechs sogenannte Deutschnationale verhaftet. Der eigentliche Verantwortliche, Abgeordneter Rechtsanwalt Weise, entging der Verhaftung durch eine Reise ins Ausland, wobei er offenbar berücksichtigt hatte, daß er als Abgeordneter nur unmittelbar nach Begehung der Tat verhaftet werden kann. Die Flugblätter, die von der Polizei beschlagnahmt wurden, sind beziehungsweise in der Druderei des Danziger Zentrumsorgans gedruckt worden, ein neuer Beweis für die enge Zusammenarbeit zwischen Reaktion und Zentrum.

Entwicklung der Beschäftigungslage im Juni

Berlin, 23. Juli. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Beschäftigten im Laufe des Monats Juni um weitere 119 000 zugenommen. Die Gesamtzahl aller am 30. Juni Beschäftigten beträgt damit rund 16 505 000. Seit Ueberwindung des diesjährigen winterlichen Tiefstandes der Beschäftigung (Ende Januar) haben in den vergangenen fünf Monaten rund 2 100 000 arbeitslose Volksgenossen in der deutschen Wirtschaft wieder Arbeit und Verdienst finden können. Die Zunahme der Beschäftigten seit Januar d. J. liegt um rund eine Million höher als die Abnahme der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum. Diese unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der Arbeitslosenzahl zeigt, daß der diesjährige starke Zustrom von schulentlassenen Jugendlichen zum größten Teil von der Wirtschaft aufgenommen worden ist und daß darüber hinaus die vielen Saisonarbeitskräfte, die den Winter über keine Arbeitnehmertätigkeit ausüben, weil sie einen wirtschaftlichen Rückhalt im elterlichen Haushalt oder Betrieb haben und sich daher ohne Inanspruchnahme der Arbeitsämter durchsetzen können, bei der gebesserten Beschäftigungslage wieder versicherungspflichtige Arbeit in den Saisonberufen aufgenommen haben.

Auflösung des „Reichsbundes katholischer Frontkämpfer“

Berlin, 23. Juli. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Der preussische Ministerpräsident hat auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat den „Reichsbund katholischer Frontkämpfer“ einschließlich seiner Untergliederungen aufgelöst, weil die Bildung konfessioneller Frontkämpferbünde nur geeignet ist, zur Spaltung der Volksgemeinschaft zu führen und in die Frontkämpfer konfessionelle Gegensätze hineinzutragen.

Schwerkriegsbeschädigtenabordnung in der Reichskanzlei

Berlin, 23. Juli. In der Reichskanzlei empfing der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Len, am Dienstag eine Abordnung der „Noten Erde“, von fast 100 Männern und Frauen, zumeist Schwerkriegsbeschädigten des Werkes Dortmund-Förder Hülfenverein UG, Werk Hüde, die gekommen waren, um den Führer zu besuchen und ihm den Dank von 175 schwerbeschädigten Angehörigen des Werkes für seine heroischen Taten an Volk und Vaterland persönlich zu entbieten. Als äußeres Zeichen ihrer Dankbarkeit überreichten sie die Nachbildung einer eishüben schweren Kurbelwelle aus Siemens-Martin-Stahl für ein Motorschiff mit einer Schenkungsurkunde.

Nichtlinien für die Verhängung der Untersuchungshaft

Gewissenhafteste Prüfung

Berlin, 23. Juli. Der Reichsjustizminister hat in den neuen Richtlinien für das Strafverfahren auf eingehende Vorarbeiten für die Verhängung der Untersuchungshaft getroffen. Er stellt fest, daß die Untersuchungshaft für eine zielbewusste und schlagkräftige Verfolgung ein unentbehrliches Hilfsmittel sei. Das Gesetz mache die Anordnung und Aufrechterhaltung dieser einschneidenden Untersuchungsmassnahme von bestimmten Mindestvoraussetzungen abhängig. Es bedürfe daher stets einer gewissen hasten Prüfung, ob die Inhaftnahme nach der Bedeutung und den besonderen Umständen des Einzelfalles auch tatsächlich geboten scheine. Dabei dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Untersuchungshaft einen schweren Eingriff in die Freiheit einer Person darstelle, deren Schuld oder Nichtschuld erst noch im Strafverfahren festgestellt werden solle und daß nicht gerechtfertigte Festnahmen das Ansehen der Strafrechtspflege gefährden und eine bedenkliche Rechtsunsicherheit zur Folge haben könnten. Die Verhängung der Untersuchungshaft werde grundsätzlich geboten sein, wenn schon die Art oder Schwere der Tat oder die durch sie bewiesene Gewissenlosigkeit berechtigten Anlaß zu der Annahme geben, daß der Beschuldigte sich der Strafverfolgung entziehen werde. Wenn zu befürchten sei, daß die Verhaftung eines Beschuldigten infolge des plötzlichen Ausfalls seiner Dienstleistung (z. B. bei der Reichsbahn) eine Gefahr für die Allgemeinheit oder bestimmte Personen mit sich bringe, so soll der Staatsanwalt zuvor mit der Betriebsleitung in Verbindung treten. Das gilt auch wenn sonstige lebenswichtige Interessen durch eine Verhaftung beeinträchtigt werden. Die Vorführung vor dem Richter soll regelmäßig spätestens am Tag nach der vorläufigen Festnahme erfolgen.

Nur arische Anwälte beim Arbeitsgericht

Berlin, 23. Juli. In einer bedeutsamen Entscheidung, die die „Deutsche Richterzeitung“ veröffentlicht, hat das Arbeitsgericht Magdeburg festgestellt, daß vor den Arbeitsgerichten auch für jüdische Parteien nur die Zulassung von arischen Anwälten in Betracht kommt. Gerade das Gebiet des deutschen Arbeitsrechts sei eine Angelegenheit, die nur durch deutsche Rechtswahrer gehandhabt werden könne.

Auflösung des Reichsverbandes der Vorkämpfer

Berlin, 23. Juli. Der Reichsminister des Innern hat die Auflösung des Reichsverbandes der Vorkämpfer (Vereinigung ehemaliger Grenzschutz- und Freikorps-Kämpfer) und aller sonstigen Verbände ehemaliger Freikorps-Kämpfer verfügt.

Mit dieser Auflösung sollen die Verdienste, die sich die alten Freikorpskämpfer um Volk und Reich erworben haben, in keiner Weise geschmälert werden. Die Reichsregierung erkennt vielmehr die Verdienste der Männer ausdrücklich an, die nach der Revolte von 1918 das Reich im Osten gegen bolschewistische Angriffe und in München, Hamburg und an der Ruhr gegen spartakistische und kommunistische Aufstände verteidigt und geschützt haben. Manches Jahr mußte seitdem vergehen, bis Adolf Hitler und seine Bewegung das neue Deutsche Reich ausbauen konnten, das in der NSDAP, in der SA, und der SS viele der alten Freikorpskämpfer auch zu seinen Kämpfern zählt. Da im nationalsozialistischen Staat neben der Partei, ihren Gliederungen, den ihr angeschlossenen und den von ihr anerkannten Verbänden anderen Verbänden politischer Art ein Sonderleben nicht mehr zugebilligt werden kann, wurde schließlich das Verbot derjenigen Verbände notwendig, die sich nicht bereits selbst aufgelöst haben.

Die britischen Frontkämpfer in Köln

Köln, 23. Juli. Die Abordnung der British Legion traf am Montagabend mit einem Dampfer der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft, den sie in Oberwesel bestiegen hatte, in Köln ein. Am Anlegesteg hatten zwei Ehrenwärter der NSDAP und des KFFH Bundes Aufstellung genommen. Schon lange vor der Ankunft des Dampfers umjäumte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge die Strassen zwischen Rhein und Domhotel, wo die englischen Gäste während ihres Kölner Aufenthalts Wohnung nehmen. Als der Dampfer in Sicht kam, klammerte die Rheinufer- und Dombeleuchtung auf. Die Vertreter der Partei und der Behörden begaben sich nach der Landung des Dampfers sofort auf das Schiff, wo sie die britischen Frontkämpfer, die unter anderem vom Reichstriebsopferführer Oberleutnant begleitet waren, aufs herzlichste willkommen hießen. Beim Betreten des Schiffes spielte die Goutapelle die englische Nationalhymne, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Als die Gäste dann die Front der Ehrenwärter abschritten, wurden sie von der großen Menschenmenge mit begeisterten Heulrufen empfangen. Ein Vorbeimarsch der beiden Ehrenwärter der NSDAP und des KFFH Bundes, den die Gäste von der Galerie des Heuels abnahmen, beschloß die Empfangsfeierlichkeiten des Abends.

Abordnung der englischen Frontkämpfer kehrt in die Heimat zurück

Köln, 23. Juli. Die Abordnung der British Legion trat am Dienstag nachmittag mit dem fahrplanmäßigen F-D-Zug nach Holland um 17.17 Uhr von Köln die Rückfahrt in ihre Heimat an. Vor dem Kölner Hauptbahnhof hatten sich große Menschenmengen eingefunden, die den britischen Frontsoldaten herzliche Abschiedsgrüße darbrachten.

Berkehrsgewerbe und Leipziger Vereinbarung

Berlin, 23. Juli. Zwischen dem Reichsverkehrsminister von C. Rüdenow und dem Reichsorganisationsleiter Dr. Ley ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Der Reichs- und preussische Verkehrsminister tritt für die ihm unterstehenden Organisationen des Verkehrsgewerbes der zwischen dem Reichs- und preussischen Wirtschaftsminister, dem Reichs- und preussischen Arbeitsminister und dem Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront unter dem 21. März 1936 getroffenen Vereinbarung (Leipziger Vereinbarung) bei.

2. Zu den Sitzungen des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsrates sind der Reichs- und preussische Wirtschaftsminister, der Reichs- und preussische Arbeitsminister und der Reichs- und preussische Verkehrsminister einzuladen.

3. Die Geschäftsstelle der Reichswirtschaftskammer ist auch in Angelegenheiten des Verkehrsgewerbes zugleich dem Wirtschaftsamt für die Deutsche Arbeitsfront und insoweit dem Reichs- und preussischen Verkehrsminister unterstellt.

Dem Führer und Reichsanführer Dr. Ley telegraphisch von diesem Beitrag zur Gemeinschaftsarbeit Kenntnis gegeben. Ebenso hat er dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schaaf telegraphisch seine Freude über die zustandegekommene Vereinbarung zum Ausdruck gebracht. Damit ist wiederum ein Teil der vom Führer in der Verordnung vom 24. Oktober 1934 Dr. Ley und damit der Deutschen Arbeitsfront gestellten Aufgabe in Erfüllung gegangen.

Luftmanöver über London

London, 23. Juli. Die Luftmanöver über London und Umgebung sind in vollem Gange. Nach Ablauf des „Ultimatums von „Südland“ am Montag erfolgten binnen einer einzigen Stunde zwölf verschiedene Angriffe von kleinen Gruppen von Bombenflugzeugen. Gewöl, das in 900 bis 1500 Meter Höhe den Himmel bedeckte, erschwerte die Beobachtung der Angreifer von der Erde aus. Andererseits hatten diese aber auch Schwierigkeiten, ihre Ziele zu erkennen. Nach Einbruch der Nacht wurde der Himmel klar, und der „Krieg“ nahm seinen Fortgang.

Die Glaubenskämpfe in Irland

London, 23. Juli. In Belfast herrschte am Montag verhältnismäßig Ruhe. Das Ergebnis eines weiteren Opfers der von unsichtbaren Schüssen abgefeuerten Schüsse verlief ohne Zwischenfälle. Am späten Abend wurde aber ein 19-jähriges Mädchen von einer Kugel ins Bein getroffen. Seit dem 12. Juli sind 121 Verhaftungen vorgenommen worden, davon in acht Fällen wegen unbefugten Gebrauches von Schusswaffen. Die zahlreichen Verhaftungen und sonstigen während der Unruhen angerichteten Schäden haben dazu geführt, daß bisher nicht weniger als 450 Schadenersatzforderungen bei der Gemeindeverwaltung von Belfast angemeldet worden sind. Inzwischen dauern die „Verhaftungsmassnahmen“ im irischen Freistaat für die „Terrorisierung der katholischen Minderheit durch die Protestanten in Belfast“ an.

Protest der französischen Frontkämpfer

Paris, 23. Juli. Der Vorstand des Spitzverbandes der Frontkämpfervereinigungen hat nach mehrstündigen Beratungen über die Notverordnungen eine Entschließung angenommen, in der gegen die neuen, von den Frontkämpfern angeforderten Opfer protestiert und die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Staatsreform betont wird. Weiter wird der Beschluß bekanntgegeben, örtliche Protestkundgebungen in die Wege zu leiten und, wenn nötig, eine große allgemeine Kundgebung gegen die neue Belastung vorzubereiten.

Notiales

Wildbad, den 24. Juli 1935.

— Hochsommer. Nun steht der Hochsommer im Land. Des Himmels blaue Kieselstuppe wölbt sich über den wogenden gelben Kornfeldern. Da und dort hat der Landmann bereits mit dem ersten Schnitt begonnen, auch das Motorenlied der Dreschmaschine ist schon aufgeklungen. Ferienzüge durchziehen mit den Urlaubern die sonnigen deutschen Gauen. Menschen der großen Städte flüchten sich zu Taleinsamkeiten, die Bewohner des Nordens suchen den Süden auf und umgekehrt rasten die Reisenden aus dem Süden an den Meerestagen des Nordens. Alle Pracht seiner Blumen, seiner rauschenden Wälder und blinkenden Höhen hat der Sommer ringsum aufgehäuft. Tag um Tag, mit verschwenderischem Sonnenschein erfüllt, steigt leuchtend nieder, dehnt die traumhaft verlebten Augenblicke zu kleinen Ewigkeiten und klingelt aus im Abendrotglanz, der wieder ein schöneres Morgen verheißt. Die Jugend sieht auf schimmerndem Stahlrost über die Straßen dahin und Berge und Burgen, Städte und Dome winken ihr zu. Aus dem Gesang der Grillen in Feld und Rain und aus der dumpfen Orgelmelodie der Telegrafenanlagen erklingt wieder drausend die Sinfonie des Sommers im weiten, weiten Vaterland. Hochsommerliche Wetter hat längst seinen Eingang gehalten. Die Hundstage, die der Kalender erst für den 23. Juli ansetzt, ließen uns ihre Hitze schon ausgiebig kosten und nun sind auch die ersten großen Gewitter über uns hinweggezogen. Der Duft der Reife weht nicht nur von den Feldern her, er entströmt auch unseren Obstbäumen. Der Wald gibt seine schmackhaften Beerenfrüchte ab, die Gärten sind voller herrlicher Blumen. Nun wollen wir auch des Sommers Lied in unsere Herzen idnen lassen — denn nur zu bald wird es zu Ende sein, wie denn alles Schöne nur kurz weilet unter diesen Gestirnen.

— Der Spruch auf den Jakobstag. Auf den Jakobstag am 25. Juli treffen eine Reihe von Bauernregeln, die sich nicht nur mit dem Erntewetter, sondern auch mit der Beobachtung der Witterungserscheinungen im Zusammenhang mit dem Winter befassen. Die bekanntesten lauten: „It es hell am Jakobitag, viel Früchte man sich versprechen mag.“ — „It es drei Tage vor Jakob schön, so wird das Korn dauerhaft.“ — „Regen um Jakob läßt die Erde nicht gut geraten.“ — „Nach Jakob ziehen die Ströme fort.“ — „Warme, helle Jakob — kalte Weihnachten.“ — „Scheint die Sonne am St. Jakobitag, bringt im Winter die Kälte große Plage.“ — „Jakobitag ohne Regen deutet auf strengen Winter.“ — Wenn am St. Jakobitag weiße Wölken bei Sonnenschein am Himmel stehen, dann jagt der Bauernspruch: „Der Schnee blüht für den nächsten Winter.“

Landeskurttheater Wildbad. Ein Musikalischer Schwant auf 2 Flügel nennet sich die erfolgreiche Neuheit „Frühling Wind aus Kanada“, der heute Abend zur Aufführung kommt, ein entzückendes Stück, das man gesehen haben muß. — Jugend ist in dem Stück. Jugend, die das Alte bewahrt achtet und anerkennt — aber für sich das Recht in Anspruch nimmt, sobald das Alte versagt, morsch wird oder gar verkalbt, mit frischen Kräften in die Breche zu springen und das Weltgewordene zu durchstürzen. Hauptrollen spielen in diesem Stück Otto Geiger, der Chef mit vielen Fehlern; Erica Fischer, das Sportmädchen von heute; Hansi Stadler, die Sekretärin; Otto März, ein Portier wie er sein soll; Heinz Blankemann, der Vater des frischen Bänders; Günther Hager, der frische Wind persönlich; Carola Erdin, ein Stubenmädchen. Beginn 8 1/4 Uhr, Ende 10 1/4 Uhr. Musikalische Leitung Dr. Fr. Treiber. — Mittwochabend 1. Wiederholung der neuen mit großem Erfolg ausgenommenen Sportrevueoperette „Laut ins Glück“ in 5 Akten von Fred Raymond. Die Inszenierung von Intendant Krauß zeigt eine hübsche Folge von Bildern und Längen. Die Handlung führt uns voraus in die Zeit der kommenden Olympiade. Das ganze ist umrahmt von einer gefälligen, mitreschenden Musik. Die musikalische Leitung hat Dr. Fr. Treiber. Beginn 8 1/4 Uhr, Ende 10 1/4 Uhr. — Wir machen ganz besonders auf die am Donnerstag stattfindende Erstaufführung von Rudolf Presber's Schauspiel „Frühstück zu Rudolstadt“ aufmerksam. Ein Besuch dieses Stückes, das im vergangenen Winter an allen deutschen Theatern großen Erfolg hatte, sollten Sie sich nicht entgehen lassen.

Der nächste Tonfilm. Am Donnerstagabend und Freitag nachmittag läuft im Kurfaal „Der stählerne Strahl“ bzw. das Schicksal des Michael Lejus. Im Mittelpunkt des Films stehen die heroischen Gestalten des Ingenieur Lejus (Karl Ludwig Diehl) und seiner Assistentin Enja Wiggers (Dorothea Wied), die gegen eine Welt von Feinden die umwälzende Erfindung des vergaserlosen Motors durchsetzen. Ein internationales Autorennen auf der Wous, die Explosion einer Maschine im Laboratorium und ein Ozeanflug Deutschland—Amerika sind die sensationellen Höhepunkte des spannenden Films vom Schicksal des Ingenieurs Lejus.

„Schwarzwaldmädel“ — im Kurtheater.

Das „Schwarzwaldmädel“ ist sicherlich das „treueste Mädchen“ das unser Kurtheater hat; denn es erscheint mit ungewöhnlicher Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit im Verkauf jeder Wildbader Spielzeit. Und es ist gut so. Denn einmal bringt diese alte unverwundliche Operette heute noch ein volles Haus, und dann verdienen es die berückenden und reizvollen Weisen Jeffels, daß man das „Schwarzwaldmädel“ mit aller Liebe zu seiner angestammten Art und Heimat auf die Bühne bringt. Allerdings zeugt die Musik von einer fabelhaften Kenntnis des Komponisten Jeffel in der Opernliteratur und auch der Librettist Redhara hat sich fleißig des Zettelkastens bedient. Doch ist auch das, was Jeffel aus eigenem geben konnte, ansprechend: so: der „Gedienwälder“, das Marschlied der Wanderburchen, ein Postkavintett. Die Musik, die vom gebildeten ebenso wie vom unverbildeten Ohr mit Genuß gehört wird, unterhält zwar nirgends eigentliche Beziehungen zum Schwarzwald-dorf, aber sie lohnt doch ein ehrliches Bemühen des Spiel-leiters, der diesmal in O. März den richtigen Mann fand.

Wir legen die Geschichte vom Bärböle und dem Domkapellmeister, die ein klein wenig rühfelig ist, als bekannt voraus. Die Haupt- und Namensrolle könnte niemand besser gestalten als Christel Bode, die das schlichte, kindliche und Bescheidene in echte Löne kleidet. Sie ist im Spiel von einer lieblichen Munterkeit, dabei innerlich völlig frei und unbeschwert. Eine prächtige Mischung von Lieblichkeit, Märchensehnsucht und Frömmigkeit, dazu spielerische Leichtigkeit und helles Singen. Friz Hoffmann, in Aussehen, Haltung und Stimme für den würdigen Domkapellmeister wie geschaffen, dessen Herz jünger sein will als er selbst, wirkt ebenfalls echt menschlich. Sein Duett mit dem Bärböle „Es klingen zum Tanze die Geigen“ verdiente den Sonderbeifall. Kurt Urruh spielt und singt als Hans wie-

der erfreulich gut; er ist im Gespräch mit Bärböle von be-zwingender Herzlichkeit. Sein Tenor kommt in dem Sing-spiel, das sonst kein hohes Solistkönnen beansprucht, an-genehm zur Geltung. Der Gesang seiner Partnerin Fränzi Heubl steht leider nicht auf dieser musikalischen Höhe, doch ist sie fröhlich, spielerisch, ihrem Selbstbewußtsein, ihrem Temperament und ihrem inneren und äußeren Wesen nach eine echte Malwine v. Hainau. Kurt Möller wirkte als Richard durch Jungenhaftigkeit und seine charmante Art; doch klingt sein oft unangebrachtes Tremulieren nahezu weinerlich. Bessere Stimmführung könnte diesem Uebel ab-helfen. Otto März, der sich als Wirt vom „Blauen Och-sen“ die größten Vachstürme holte, lenkt immer mehr ins Gebiet des eigenwichtigen Komikers, dem auch die uflige „Wildbad-Einlage“ glänzend gelingen mußte. Dazu war er 100 Prozent Schwabe! Besonders hervorgehoben zu wer-den verdient noch unser allbeliebter Hans Loofe (als Gast), dessen „toltschider“ Berliner Schmaußheim eine glän-zende Komikerleistung ist. Dieser Berliner ist zwar eine un-mögliche Gestalt, aber man lacht immer wieder über ihn und spendet stürmischen Beifall, wenn er eine solch komische Verkörperung wie durch Hans Loofe erfährt. Lotte Els-ner war eine angenehme, noch recht menschliche Hege. Irma Fabig benötigte die keine Gelegenheit als Hannele sich vorteilhaft zu zeigen, nicht minder Fifi Ehardt als Lörle und August Heyley als gemütlicher Domprobst. Der Bühnenbühnen hatte wieder einen passenden Hintergrund geschossen. Da auch die musikalische Seite von Dr. Friz Treiber mit Liebe und Sorgfalt betreut wurde, wunder-t man sich nicht, daß die alten Schläger wieder frisch ein-stu-gen und die Darsteller wiederholt an der Kampe erschei-nen mußten.

Württemberg

Stuttgart, 23. Juli (Ferienkinder.) Mittwoch früh werden 670 Kinder aus Stuttgart ihre Ferienfahrt nach Oberbayern antreten, wo sie einen fünf-wöchigen Aufen-t halt verbringen werden.

Kornweihheim, 23. Juli (100 000 RM.-Stif-tung.) Der kürzlich verstorbene Geheimrat Jakob Sigle hat in seinem Testament der Stadtgemeinde eine Stiftung von 100 000 Mark vermacht als Geheimrat-Sigle-Stiftung, deren Ertrag je zur Hälfte zur Unterstützung Bedürftiger und Kranker sowie zur Unterstützung außerordentlich begab-ter Schüler zum Besuch einer höheren Schule, Hoch- oder Fachschule bestimmt ist. In erster Linie sollen Betriebsan-gehörige der Firma Salamander berücksichtigt werden.

Mühlacker, 23. Juli (Heimattag.) Am Samstag, Sonntag und Montag fand in Mühlacker der zweite Heimattag statt. Das Fest wurde eingeleitet durch die Amtsein-setzung der Ratsherren. Der Sonntag begann mit einer Morgenfeier. Den Höhepunkt stellte die gemeinsame Feier dar, die mit der Einweihung des Arbeitsdienstmalles be-gann. Hiermit verbunden war die Einweihung des „Adolf-Hitler-Dammes“, der vom Arbeitsdienst in zäher Arbeit im Lauf von zwei Jahren als Schutz gegen das Hochwasser ge-schaffen worden ist. Bürgermeister Woerner übergab den Damm dem Verkehr. Als Vertreter der Regierung waren Staatssekretär Waldmann und Oberregierungsrat Dr. Drück anwesend. Man ging dann über zur Arnaud-Feier. Studentrat-Kändler hielt eine Gedenkrede. Das Schlusswort sprach Kreisleiter Bauer. Abends war noch Burgbeleuch-tung und Feuerwerk an der Enz.

Göppingen, 23. Juli (Knabe überfahren.) Am Montag nachmittag ist auf der Kreuzung der Frühling- und Wolfstraße ein aus der Wolfstraße kommender 13 Jahre al-ter Knabe mit seinem Fahrrad auf einen entlang der Früh-lingstraße in westlicher Richtung fahrenden Lastkraftwagen aufgefahren. Der Knabe wurde vom Rad geschleudert und kam so unglücklich zu Fall, daß das rechte Hinterrad des Lastkraftwagens ihm über den Kopf fuhr und seinen vor-sichtigen Tod herbeiführte. Es handelt sich bei dem verun-glückten Knaben um den Sohn Fritz des Wärdmeisters Roth.

Rübgarten, O.A. Tübingen, 23. Juli (Brand.) Aus bis-her unbekannter Ursache fing das Haus des Fuhrmanns Fritz Rudaberle plötzlich Feuer. Sogleich schoß aus den Stallungsgebäuden, in denen der Brand entstanden war, eine helle und listerliche Flamme heraus. Fuhrmann Fritz Rudaberle war zur Zeit des Brandes in Vempflingen; als er nach Hause kam, hatte das wütende Feuer bereits seine Hauptarbeit geleistet; die Stallungen waren schon nieder-gebrannt, auch das Dachgeschloß des Wohngebäudes war er-heblich beschädigt.

Oberndorf a. N., 23. Juli (Auf die Bahnschranke auf gefahren.) Am Montag fand in Oberndorf a. N. ein Jahrmarkt statt. Der 52-jährige Müller Hegel aus dem benachbarten Bilingendorf besuchte denselben mit seinem Motorrad. Beim Bahnübergang bei Ependorf verlor er auf der Heimfahrt die Herrschaft über sein Fahrzeug. Er fuhr auf die Schranke auf und verunglückte dabei so schwer, daß er nach seiner Einlieferung ins Oberndorfer Kranken-haus verstarb. Hegel ist Vater von sieben Kindern.

Balingen, 23. Juli (Verkehrsunfall.) Auf der Straße Balingen—Engstlatt kam ein badischer Kraftwagen an der Kurve beim Gasthaus zum Ramen ins Schleudern

und fuhr von einer Seite der Straße auf die andere. Zur selben Zeit kam aus Richtung Tübingen ein mit zwei Per-sonen besetztes Motorrad aus Balingen. Die Maschine wurde in dem Augenblick, als sie die Kurve nehmen wollte, von dem Auto überfahren. Das Auto fuhr dann auf die rechte Straßenseite und überfuhr ein auf dem Gehweg be-findliches 21 Jahre altes Fräulein aus Balingen. Der Mo-torradfahrer erlitt einen schweren Armbruch, seine Beifahr-erin, die einen Wirbelsäulenbruch davontrug, schwebt in Lebensgefahr. Die Fußgängerin erlitt einen Beinbruch.

Seidenheim, 23. Juli (Wieder ein Brand.) Zum zweitenmal binnen kurzer Zeit ist in der Möbelfabrik Gnaier Feuer ausgebrochen. Am Samstagabend wurde die Wädelinie alarmiert, denn aus dem Spänsilo war starker Rauch sichtbar. Der Brand selbst wurde durch die Wädel-linie sofort gelöscht, so daß der Sachschaden nur gering ist. Die anfänglich vermutete Brandstiftung wurde, wie die Po-lizei mitteilt, reflos dahin aufgeklärt, daß der Brand eine Folge des ersten Brandes ist. In den Späneausgusto muß von den angeholten Fensterrahmen Glut in die Späne ge-fallen sein.

Eberhardzell O.A. Waldsee, 23. Juli (Tödlischer Un-9-gang.) Seilermeister Franz Josef Neß, der in der letzten Woche durch den Stoß einer Kuh schwere innere Verletzungen erlitt, ist jetzt gestorben. Er stand im Alter von 76 Jahren.

Ennetach, O.A. Saulgau, 23. Juli (Ertrunken.) Mon-tag mittag ertrank das zweieinhalbjährige Enkelkind der Witwe Pfaff hier. Das Kind spielte am Damm der Ab-lach, muß das Uebergewicht bekommen haben und hat so den Tod in dem an sich niedrigen Wasser gefunden.

— Die Wohlfahrtserwerbslosen Ende Juni 1935. Die Zahl der von den Fürsorgeverbänden laufend in offener Fürsorge unterstützten und von den Arbeitsämtern anerkannten Wohl-fahrtserwerbslosen betrug Ende Juni 1935 in Württemberg 1772 oder 0,6 auf 1000 Einwohner. Auf Stuttgart entfielen davon 822 oder 2,9 auf 1000 Einwohner. Gegenüber Ende Mai 1935 ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in ganz Württemberg um 555 gleich 23,8 v. H. und in Stuttgart um 255 gleich 23,7 v. H. zurückgegangen.

— Neue Rundreisefarte der Reichsbahn. Einem vlesachen Wünsche entsprechend hat die Reichsbahndirektion Stuttgart ver-suchweise eine Rundreisefarte für die Strecke Stuttgart—Rüb-lingen—Ulm—Augsburg—München Hbf.—Buchloe—Kempten im Allgäu Hbf.—Lindau—Stadt—Friedrichshafen—Stadt und Hafen—Ulm—Stuttgart eingeführt. Sie kostet für die 684 Kilometer lange Strecke in der zweiten Klasse 30 RM., in der dritten Klasse 20,60 RM. Geltungsdauer 30 Tage.

Rundfunk

Programm des Reichsenders Stuttgart

Donnerstag, 25. Juli:

- 9.00 Frauensunt
- 10.15 Nach München: Volksliedersingen
- 12.00 Aus München: Mittagskonzert
- 15.00 Aus Frankfurt: „Der Hohenbühl“
- 16.00 Aus Baden-Baden: Heltere Musik am Nachmittag
- 17.00 Aus Leipzig: Nachmittagskonzert
- 18.30 Spanischer Sprachunterricht
- 18.45 Kampf und Sieg im Garten
- 19.00 Und jetzt ist Feierabend
- 20.15 Nach Königsberg: „Zwischen Acht und Zehn — im Tanz sich dreh'n“
- 22.30 Abendmusik
- 23.15 Aus Berlin: Tanzmusik
- 24.00 Aus Frankfurt: Nachtkonzert.

Freitag, 26. Juli:

- 10.15 Vom Menschen zu Rasse und Volk
- 12.00 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 15.00 Bekanntgabe der Termine „Wiedersehensfeiern alter Frontsoldaten“
- 15.30 Kinderstunde: Märchen mit Musik
- 16.00 Musik im Freien
- 17.00 Aus Hamburg: „Bunte Musik am Nachmittag“
- 18.30 Hitlerjugend-Junt: Ein Singabend an Ostpreußens Bern-feldenküfte
- 19.10 Aus Breslau: Schleichendes Militärkonzert
- 20.10 Aus Frankfurt: Stunde der Nation
- 20.35 Aus Frankfurt: „Auf der Alm da gibt's ja Sünd“
- 22.30 Nach Leipzig: Zur Unterhaltung! Buntes Konzert.
- 24.00 Nach Frankfurt: Nachtmusik.

Samstag, 27. Juli:

- 10.15 Lisa und die Schmetterlinge
- 12.00 Nach Berlin: „Buntes Wochenende“
- 15.00 Hitlerjugend-Junt: 1. Alttagshelden der Luft, 2. Ruf der Jugend!
- 16.00 Aus Köln: „Der frohe Samstagnachmittag“
- 18.00 Achtung! Achtung! Sie hören den Tonbericht der Woche
- 18.30 Aus Frankfurt: Feierstunde an der Saar
- 19.00 Aus Baden-Baden: Heltere Wochenende
- 20.10 Nach Frankfurt: Im Reich der Sommerfreude!
- 22.30 Aus Leipzig: Tanzmusik
- 24.00 Nach Frankfurt: Nachtmusik.

Verleger und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt
Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Zmh. Z. Bad.) O.A. a. S. 33. 790
3ur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Druckarbeiten

Verlangen Sie Preisangebote	FÜR PRIVAT:	Besuchskarten Verlobungs- und Hochzeits-Karten Trauerkarten und -Briefe
	FÜR HANDEL GEWERBE INDUSTRIE:	Briefbogen, Rechnungen Quittungen, Prospekte Wein- und Speisekarten Lieferscheine, Rundschreiben
	FÜR VEREINE:	Mitgliedskarten Eintrittskarten Programme, Satzungen Festbücher, Liedertexte usw.

liefert kurzfristig und in sauberer Ausführung

Wildbader Tagblatt

Landes-Kurtheater Wildbad

Intendant Richard Krauss vom Stadttheater Heilbronn
Anfang täglich 8.15 Uhr
Fernsprecher 535
Mittwoch, 24. Juli
Lauf ins Glück
Sportoperette
Donnerstag, 25. Juli
Frühstück zu Rudolstadt
Schauspiel in 3 Akten
Freitag, 26. Juli
Grossreinemachen
Lustspiel in 3 Akten
Samstag, 27. Juli
Schwarzwaldmädel
Operette in 3 Akten

2 große Zimmer

im 1. Stock, mit Zubehör,
sind sofort oder auf 1. August
zu vermieten.
Wilhelmstr. 38.

Dame Mitte 40, sucht
Anschluß an
passende Persönlichkeit für
Spaziergänge und Geselligk.
Angebote unter W S. 71
postlagernd.

Ehrenkrenz-Rahmen
Ehrenkrenz-Rästchen
(zum Auswechseln)
vorrätig bei
Papier - Rieginger

